

RAN-GRUNDSATZPAPIER

Entwicklung eines lokalen Präventionsrahmens und Leitprinzipien – Teil 2

Einleitung

Die Bekämpfung der Radikalisierung und die Verhütung von gewalttätigem Extremismus sind eine große Herausforderung, der wir uns stellen müssen, um Sicherheit zu gewährleisten und demokratische Werte zu schützen. Sie sind ein Grundpfeiler der Terrorismuspolitik der EU und stellen zunehmend eine Priorität für die EU, die nationalen Regierungen und die lokalen Behörden dar. Dies gilt insbesondere angesichts der jüngsten terroristischen Verbrechen, des Maßes der Radikalisierung und der daraus folgenden Polarisierung. Der Umfang und die Reichweite der Problematik der ausländischen terroristischen KämpferInnen mit mehreren Tausend Männern, Frauen und Kindern, die ausreisen, um sich dem IS anzuschließen, stellen ein nie da gewesenes Sicherheitsproblem dar. Nun steht zu vermuten, dass terroristische KämpferInnen aus dem Ausland wieder in ihre Heimatstaaten zurückkehren oder zu beliebigen Zielen in der EU reisen werden. Terroristische Anschläge in mehreren EU-Mitgliedstaaten sollen Furcht und Panik verbreiten und die gesellschaftliche Spaltung vorantreiben, die Extremisten nutzen können, um weitere Kräfte für ihre Zwecke zu mobilisieren.

Gewalttätigen Extremismus auf lokaler Ebene zu verhindern, ist absolut entscheidend. Dieses Papier baut auf den Erkenntnissen des RAN-Strategiepapiers *Entwicklung eines lokalen Präventionsrahmens und Leitprinzipien* vom November 2016 auf und ergänzt dieses durch Informationen aus verschiedenen Städten. Die bisher gegebenen Empfehlungen sollen dadurch nicht ersetzt werden. Zu diesen Städten gehören: Wien, Vilvoorde, Antwerpen, Aarhus, Kopenhagen, Helsinki, Straßburg, Augsburg, Düsseldorf, Rotterdam, Zoetermeer, Delft, Den Haag, Oslo, Larvik, Fredrikstad, Göteborg, Malmö, Örebro, Leicester und andere Mitglieder der Nordic Safe Cities-Initiative.

Dieses Grundsatzpapier wurde von **Magnus Ranstorp** (RAN CoE) verfasst. Es basiert auf Überlegungen lokaler PräventionskoordinatorInnen und praktisch Tätiger aus mehr als 30 europäischen Städten. Für die in diesem Dokument zum Ausdruck gebrachten Meinungen ist ausschließlich dessen Autor verantwortlich. Sie spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Europäischen Kommission, einer anderen Institution oder die offizielle

AUSLÄNDISCHE TERRORISTISCHE KÄMPFER/INNEN

PRÄVENTIONSTHEMEN

Ausgereiste
ausländische
terroristische
KämpferInnen

Österreich 300
Belgien 470
Dänemark 145
Finnland 90
Frankreich 1.900
Deutschland 940
Irland 40
Italien 150
Norwegen 90
Spanien 222
Schweden 300
Vereinigtes Königreich 850

Geschlecht



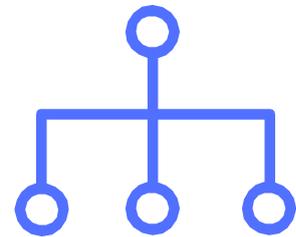
80 %



20 %



Risikobewertung



Strafverfolgung

Minderjährige

Wiedereingliederung

AUFTRETENDE PROBLEME

ZURÜCKKEHRENDE AUSLÄNDISCHE KÄMPFER/INNEN

Deutsche Untersuchung von 784 Fällen

- 61 % deutsche Staatsangehörige
- 10 % enttäuscht zurückgekehrt
- 48 % zu radikalen Gruppen zurückgekehrt
- 25 % der RückkehrerInnen und 22 % der Eltern kooperierten mit den Behörden
- Wichtige Rolle der extremistischen Gruppen
- 162 Städte, aber nur 13 Städte mit zehn oder mehr ausländischen terroristischen KämpferInnen

Schwedische Untersuchung von 267 Fällen

- 76 % Männer, 24 % Frauen
- 70 % leben konzentriert in eigenen Stadtvierteln
- 80 % stammen aus vier Städten
- 75 % sind schwedische Staatsangehörige, 34 % sind in Schweden geboren

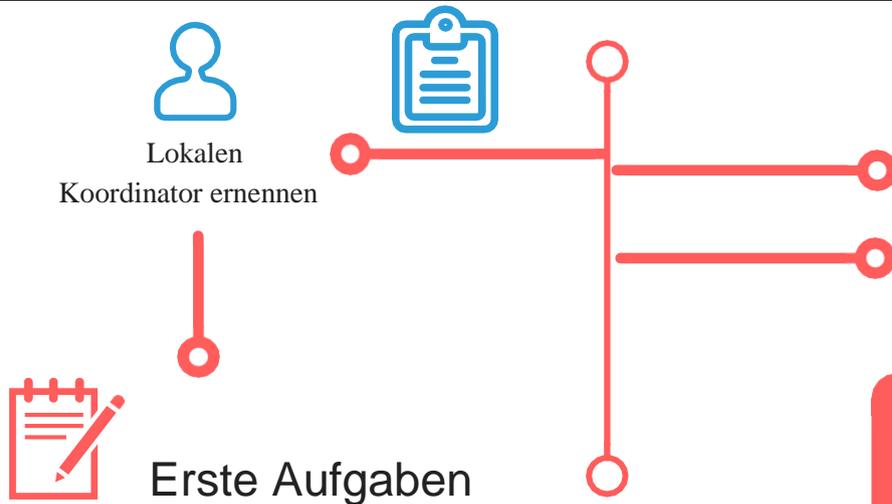
Norwegische Untersuchung von 137 Fällen

- 88 % Männer, 12 % Frauen
- Nur 21 % sind in Norwegen geboren
- 68 % kriminell (46 % Gewaltverbrechen)
- 86 % nach 2011 radikalisiert

KAPITEL EINS

MASSNAHMENPLAN ODER STRATEGIE ENTWICKELN

PRÄVENTIONSTHEMEN



Lokalen Maßnahmenplan an nationaler Strategie ausrichten

Lokale Risikoindikatoren ermitteln und bewerten

- Begriffsklärung (Radikalisierung, Extremismus)
- Nutzung bestehender Kooperationsstrukturen
- Klares Mandat
- Klärung der Anforderungen von Behörden, Betrachtung und Definition von Verantwortungsbereichen verschiedener Akteure, Klärung verschiedener Mandate und Aufgaben
- Festlegen einer Vorgehensweise für die Zusammenarbeit mit der Polizei und die situationsbezogene Bedrohungsanalyse
- Festlegen eines Ablaufs für Besprechungen des Maßnahmenplans
- Anforderung einer Bedarfsanalyse und Priorisierung der Präventionsmaßnahmen von verschiedenen Stellen
- Festlegen der Schwerpunktbereiche, Interventionsziele, Zielgruppen und Vorgehensweisen/Methoden
- Formulierung der zu ergreifenden Maßnahmen und ihrer Begründung
- Identifizieren von hilfreichen personellen Ressourcen und Fachwissen unter den Mitarbeitern und in lokalen Gemeinschaften
- Integration von Evaluierungsverfahren (mit Beratern bzw. Wissenschaftlern)
- Entwicklung einer Kommunikationsstrategie für Prävention und den Maßnahmenplan; Verfassen einer Broschüre von zwei bis drei Seiten mit Tipps für die Öffentlichkeit und relevante Akteure, was im Falle einer möglichen Radikalisierung und von gewalttätigem Extremismus zu tun ist

- Kommunizierte Bedrohungen
- Extremismus in sozialen Netzwerken
- Geschlossene/offene extremistische Treffen
- Verbreitung von Propaganda
- Demonstrationen von Extremisten
- Bürgerwehren (Soldiers of Odin usw.)
- Anzeichen von Radikalisierung
- Reisen in terroristische Konfliktzonen
- Rekrutierungsaktivitäten
- Einschüchterung und Bedrohung von Journalisten und Lokalpolitikern
- Anzeichen von Polarisierung

Risikofaktoren für lokale Bereiche skizzieren (siehe nächste Seite)

- Sozioökonomische Faktoren
- Psychosoziale Faktoren
- Normative Einflussfaktoren



Lokale Risikofaktoren skizzieren

Dieser Rahmen enthält für eine Analyse der dynamischen Risikofaktoren in einem Stadtviertel notwendige Faktoren.

Gesellschaft

- Sozioökonomische Faktoren
- Psychosoziale Faktoren
- Normative Faktoren



Einzelperson

- Von der Norm abweichendes/antisoziales Verhalten
- Kriminelles Verhalten



Gewaltbasierte Konflikte

- Gewalttaten von Banden
- Rache zur Ehrenrettung
- Randalere/soziale Unruhen

Sozioökonomische Faktoren

- Bildungsniveau
- Arbeitslosigkeit
- Begrenzte finanzielle Möglichkeiten
- Beengte Wohnverhältnisse
- Stigmatisierung
- Sozialhilfeempfänger
- Wirtschaftliche Segregation
- Politische Ausgrenzung
- Gesellschaftliche Desorganisation
- Kaum Zugang zu staatlichen Systemen
- Gesundheitszustand

Psychosoziale Faktoren

- Identität
- Migration
- Fremdheit
- Psychosoziale
- Gesundheit
- Gewalterfahrungen
- Anomie

Normative Einflussfaktore

- Kriminelle Systeme
- Clanstrukturen
- Gewohnheitsrecht
- Religionsbasierte
- Systeme Strukturelle Gewalt



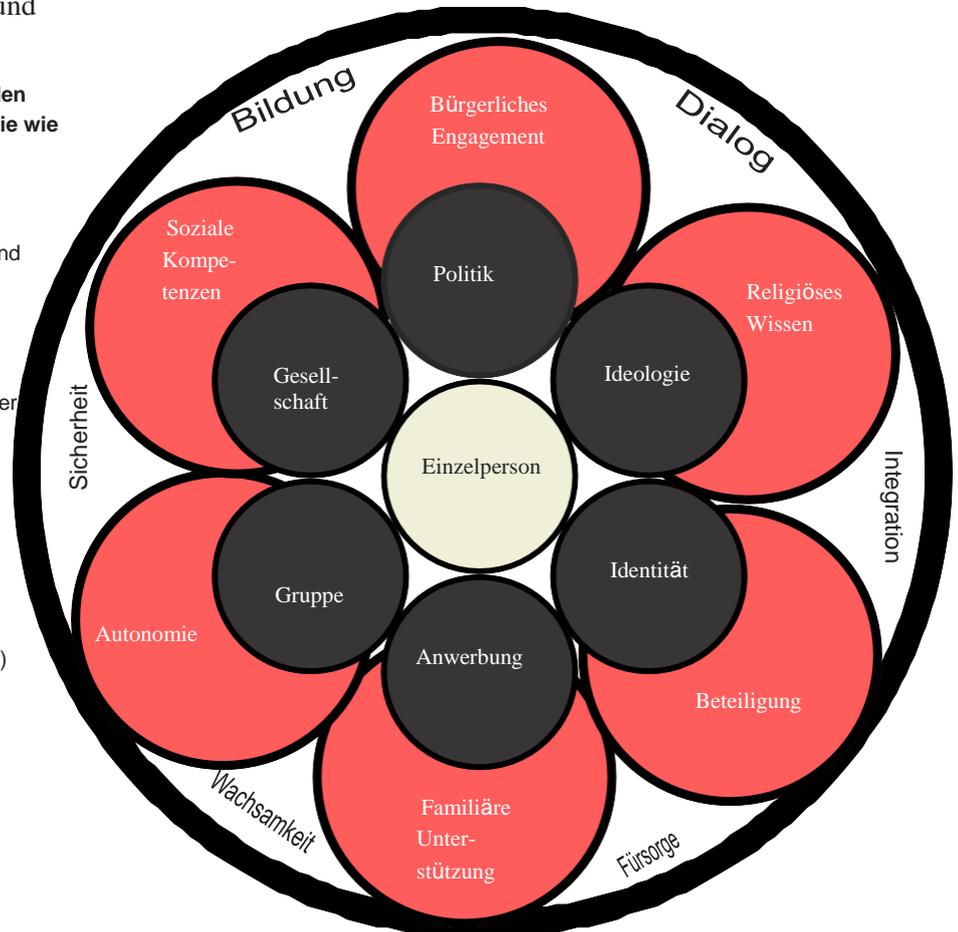
Quelle: Maria Wallin, Göteborg 2014

Kaleidoskop aus Risiko-, protektiven und begünstigenden Faktoren

In einem RAN-Themenpapier zu Ursachen wurden neun thematische Risikofaktoren identifiziert, die in einem Kaleidoskop miteinander interagieren:

- Individuelle soziopsychologische Faktoren (1) wie Wut und ein Gefühl der Ungerechtigkeit
- Gesellschaftliche Faktoren (2) wie Ausgrenzung und Diskriminierung
- Politische Faktoren (3), die zum Aufbau von Feindbildern beitragen
- Ideologische Faktoren (4) wie eine salafistische Interpretation des Islam und Unzufriedenheit mit der Außenpolitik
- Kultur- und Identitätskrisen (5), die durch ein mangelndes Zugehörigkeitsgefühl verstärkt werden
- Psychische Traumata (6) wie PTBS
- Gruppendynamik (7), z. B. Freunde, die in Netzwerken gewaltbereiter Extremisten aktiv sind
- Rekrutierungsstrategien mithilfe von Anwerbern (8)
- Soziale Medien (9)

In einem anderen RAN-Themenpapier zu protektiven und begünstigenden Faktoren wurden diese anhand der neun Themen skizziert (siehe Grafik), um einen Überblick über die Interventionsbereiche zu geben.



KAPITEL ZWEI

EINRICHTUNGSÜBERGREIFENDE STRUKTUR SCHAFFEN



Einrichtungsübergreifende Zusammenarbeit – wichtige Themen

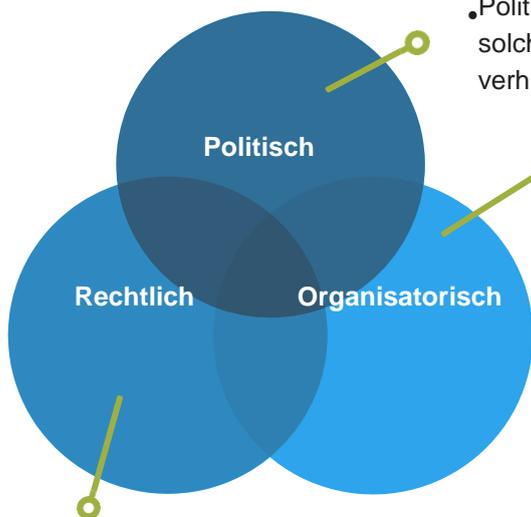
- Politische Unterstützung auf lokaler Ebene
- Rechtliche Grundlage und Verfahren zum Informationsaustausch
- Organisation und Entscheidungsfindungsprozess

- Einrichtungsübergreifende Strukturen und Arbeitsprozesse sind entscheidend für eine frühe, effektive **Identifizierung** gefährdeter Personen, einen besseren **Informationsaustausch**, **gemeinsame Entscheidungen** und eine **koordinierte Vorgehensweise**. Diese Zusammenarbeit zwischen mehreren Stellen muss **klar strukturiert** sein und erfordert regelmäßige Treffen und Besprechungen zu einzelnen Fällen, um angemessene Maßnahmen für Einzelpersonen zu vereinbaren, die für Radikalisierung empfänglich oder an gewalttätigen extremistischen Handlungen beteiligt sind.

WER IST BETEILIGT?

- Einrichtungsübergreifende Strukturen variieren je nach den rechtlichen und behördlichen Vorgaben. Häufig beinhalten sie Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zwischen lokalen Behörden, der Polizei und anderen staatlichen Stellen (z. B. Bildungswesen, Sozialdienste, Kinder- und Jugendschutz sowie Bewährungshilfe). Diese Struktur für die Zusammenarbeit existiert oft bereits, und die Treffen werden von einer der beteiligten Einrichtungen geleitet.

HERAUSFORDERUNGEN



- Die Stadtverwaltung dazu bewegen, sich auf Ziele, Zielgruppen und ein Budget zu einigen
- Politischer Widerstand von Politikern mit konkurrierenden Zielen oder von solchen, die nur auf Stimmenfang aus sind, anstatt eine Radikalisierung zu verhindern

- Richtige Mischung aus Beteiligten einbinden, darunter Interessengruppen mit unterschiedlichen und vielleicht zuwiderlaufenden Herangehensweisen, Interessen und Kompetenzen
- Arbeit an bestimmten Themen wird durch zu viele Akteure erschwert
- Beteiligte, die einander nicht trauen und kein ausreichendes Verständnis für die Arbeit des anderen sowie kein Vertrauen in die Art haben, wie weitergegebene Daten verwendet werden – sie „verstecken“ sich hinter den Gesetzen, selbst wenn diese eine Weitergabe von Informationen zulassen würden
- Fachleute, die nicht verstehen, dass der Kampf gegen Radikalisierung bestehenden Schutz- und Sozialfürsorgestrategien entspricht, oder die die Verantwortung allein bei der Terrorismusbekämpfung sehen
- Mangel an Leitlinien und Unterstützung durch Führungskräfte für den Informationsaustausch
- Personelle Kontinuität und Vertrauensprobleme, da Zuständigen häufig die Stelle oder die Organisation wechseln

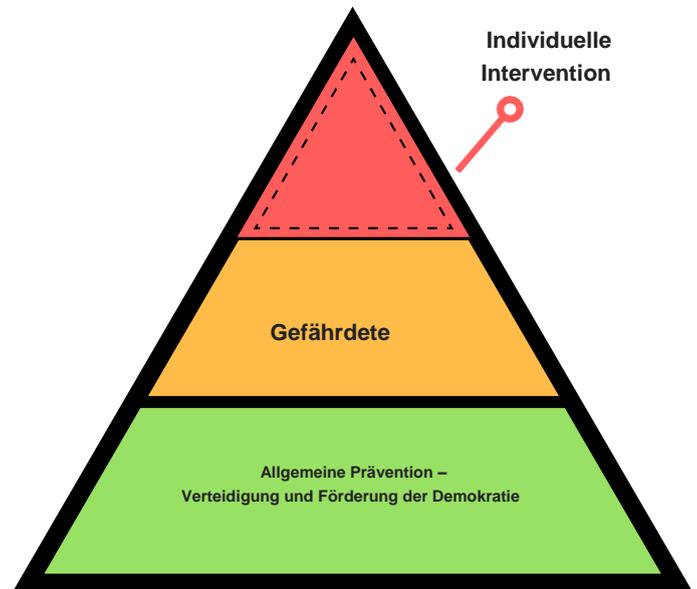
- Grenzen für den Informationsaustausch über Einzelpersonen
- Begrenzte rechtliche Mittel, Personen über 18 Jahren zur Teilnahme zu zwingen



Maßnahmenplan entwickeln

- Stellen Sie sicher, dass der Plan den Risiken angemessen ist und Komplettlösungen bietet, ohne einzelne Gemeinschaften zu stigmatisieren. Richten Sie die Schwerpunkte am Präventionsdreieck und den Interventionsbereichen aus.
- Unterscheiden Sie zwischen allgemeiner Verbrechensprävention und Demokratieförderung sowie CVE-relevanten und CVE-spezifischen Interventionen (CVE, Countering Violent Extremism = Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus).
- Maßnahmenpläne sind individuell und kontextabhängig, Maßnahmen werden aber für alle drei Interventionsbereiche des Präventionsdreiecks entwickelt.
- Bitten Sie alle Teilnehmer in einrichtungsübergreifenden Strukturen, Interventionsmaßnahmen vorzuschlagen.

Präventionsdreieck



Struktur des Maßnahmenplans

Detailliertes Schema in fünf Bereichen:

- Maßnahmen
- Verantwortliche für die Durchführung
- An der Durchführung Beteiligte
- Zeitraum der Intervention
- Nachbereitung und Evaluation (erwartete Auswirkungen)

Struktur des Berichts zum Maßnahmenplan

- Zusammenfassung
- Aktuelle Situation und Bericht Hintergrund zu
- Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus
- Empfehlungen: verstärkte Koordination (Struktur und einrichtungsübergreifender Prozess) sowie individuelle Maßnahmen auf unterschiedlichen Interventionsebenen (für jede Maßnahme müssen eine Begründung sowie das erwartete Ergebnis
- aufgeführt werden) Nachbereitung und Evaluation

-
- Die Zielgruppe der **allgemeinen Prävention** ist weit gefasst. Hier geht es im Wesentlichen darum, Sozialkompetenzen zu entwickeln, Kinder und Jugendliche in die Gesellschaft einzubinden und ihnen ein Verantwortungsgefühl zu vermitteln. Dies wird unter anderem durch Demokratieförderung, Erziehung zu kritischem Denken in der Schule sowie die Stärkung allgemeiner protektiver Faktoren innerhalb der Gesellschaft erreicht. Die Maßnahmen sollen die soziale Resilienz in der Gesellschaft fördern.
 - Präventionsmaßnahmen für **gefährdete Gruppen** zielen auf Personen ab, die radikalierungsgefährdet sind und für terroristische oder extremistische Zwecke angeworben werden könnten. Typische Initiativen sind dabei Kontaktpunkte für Dienste, die Unterstützung gewähren, MentorInnen und Elterncoaches. Hier wird nicht mit allgemeinen Zielgruppen, sondern an bestimmten Problemen bzw. mit bestimmten Gruppen und Einzelpersonen gearbeitet. Ziel ist es, die Zahl der radikalierungsgefährdeten Personen durch Maßnahmen zu reduzieren, die die Sozialkompetenzen und positiven Beziehungen der Betroffenen stärken.
 - **Individuelle Interventionen** zielen auf Personen ab, die in einer extremistischen Umgebung aktiv sind und gewalttätig oder anderweitig kriminell werden könnten. Der Schwerpunkt liegt hier auf Einzelpersonen, und zu den typischen Maßnahmen gehören präventive Gespräche, Resozialisierung nach Gefängnisaufenthalt und Ausstiegsstrategien.

Leitprinzipien

- Ein Maßnahmenplan sollte mindestens Folgendes enthalten: (1) die Vision/das Ziel des Maßnahmenplans, (2) die lokale Organisation der einrichtungsübergreifenden Präventionsarbeit, (3) Kontaktpersonen für Fragen, (4) die Art und Weise, in der Radikalisierung beurteilt/analysiert und angegangen wird



Politische Unterstützung auf lokaler Ebene

- Die zentralen Partner müssen sich einig sein, gewaltbereiten Extremismus zusammen entschlossen bekämpfen zu wollen, und dafür volle politische Unterstützung erhalten.
- Schließen Sie **eine Vereinbarung über eine direkte Budgetierung** für Präventionsmaßnahmen, um Einigkeit zu erzielen und zu zeigen, dass die Stadt gemeinsam gegen Radikalisierung und gewaltbereiten Extremismus vorgeht. **einzelnen Aufgaben bestimmte Beträge** zu, zum Beispiel für die Entwicklung neuer Methoden oder die Ausweitung auf neue Bereiche der Radikalisierungsprävention. Die Zusammenarbeit an konkreten Projekten ist sehr nützlich, denn dadurch entwickelt sich ein gemeinsames Verständnis von Konzepten und Zielen.
- Um politische Unterstützung zu erhalten, sollte eine **lokale Risikobewertung** durchgeführt und den Kommunalpolitikern vorgelegt werden. Hierbei sollte auch auf die Gefahren eingegangen werden, die entstehen, wenn das Problem ignoriert wird.
- Gründen Sie eine **Strategiegruppe**, die als Verbindung zwischen Politikern und Interventionspartnern fungiert.
- **Laden Sie bei Gelegenheit örtliche Politiker zu den Treffen ein.** Möglicherweise lehnen sie ab, aber eine zurückgewiesene Einladung ist besser als keine Einladung. Die Strategiegruppe sollte den Kommunalpolitikern Feedback geben. Informieren Sie die politische Führung in engem Kontakt regelmäßig über die Lage, und schreiben Sie jährliche Berichte über das Erreichte und die festgestellten Probleme. Dies sorgt für politische Zustimmung und Unterstützung, stellt sicher, dass die Maßnahmen fokussiert und gezielt durchgeführt werden, und garantiert die notwendigen Ressourcen.



Rechtliche Grundlage

- Schließen Sie für alle Beteiligten **klare Vereinbarungen über die jeweiligen Rollen** und deren Grenzen.
- Alle Organisationen und Abteilungen, die in der einrichtungsübergreifenden Gruppe vertreten sind, sollten eine **Vereinbarung über den Informationsaustausch** unterzeichnen. Möglicherweise gibt es rechtliche Verpflichtungen zum Informationsaustausch, die darin aufgenommen werden können (z. B. Verhinderung und Aufklärung von Verbrechen, Jugendschutz). Falls es keinen rechtlichen Rahmen gibt, müssen Sie sich für die Unterzeichnung auf das Engagement der Gruppenmitglieder verlassen, was sich als schwierig erweisen kann.
- **Testen Sie die Vereinbarung/den vereinbarten Prozess** an einem Fall.
- **Ernennen Sie spezialisierte Individualfürsorger**, die nach entsprechender Schulung und Erfahrung im Umgang mit Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus mit Einzelpersonen und Familien arbeiten. Gegebenenfalls muss der Gesetzgeber kontaktiert werden, um eventuell erforderliche Veränderungen in den jeweiligen Rechtsbereichen durchzuführen.



Organisation

- Nutzen Sie **bestehende Kooperationsmodelle**. So profitieren Sie von vorhandenen Netzwerken, Beziehungen und Abläufen.
- **Gründen Sie eine einrichtungsübergreifende Koordinationseinheit mit den betreffenden Behörden** unter Einbindung von Mitarbeitern mit den besonderen, für eine konstruktive Zusammenarbeit erforderlichen Qualitäten.
 - Falls es sich um eine **strategische** Struktur handelt (z. B. Städtevertreter), brauchen Sie Persönlichkeiten, die schwierige Situationen lösen und politische Änderungen in den Organisationen vorantreiben können. Sie müssen in die CVE-Strategie eingebunden werden, selbst wenn sie sich zunächst nur widerstrebend bereiterklärt haben, Teil dieser Einheit zu sein. Dafür kann es erforderlich sein, ihnen vertrauliche Informationen zur Verfügung zu stellen, damit ihnen das Ausmaß der lokalen Bedrohung bewusst wird. Dies kann bei strategischen Führungskräften eine überzeugende Taktik sein. Sie müssen wissen, welches Risiko sie tragen und welche Auswirkungen es hätte, wenn sie es ignorieren würden.
 - Bei einer **operativen** Struktur (tägliche Abläufe) müssen die Personen dynamisch und in der Lage sein, sich selbst zu motivieren. Nehmen Sie sich Zeit, die richtigen Kandidaten zu finden; versuchen Sie, die Auswahl nicht nur abhängig von der Rolle zu treffen. Ein einziges desinteressiertes Mitglied kann den Fortschritt der gesamten Gruppe behindern. In der Struktur müssen alle Abteilungen und Organisationen vertreten sein, die für die Umsetzung Ihrer CVE-Strategie relevant sind: Gesundheitswesen, psychische Gesundheitsvorsorge, Polizei, Stadtverwaltung (kommunale Sicherheit), Absicherung (Sozialhilfe, Schutz von Erwachsenen und Kindern), Bildungswesen (von der Grundschule bis zur Universität), CVE-LeiterIn/-KoordinatorIn, Strafvollzug, Jugendhilfe.
- **Entwickeln Sie einen Maßnahmenplan mit speziellen Aufgaben**, die einzelnen Personen bzw. Abteilungen zugewiesen werden. Stellen Sie sicher, dass der Plan durch den strategischen Partnerschaftsrat genehmigt wird. Bringen Sie diesen Plan (bzw. dessen allgemeine Themen, unter Entfernung der Namen) an die Öffentlichkeit, um sich keinen Anschuldigungen wegen Geheimhaltung oder mangelnder Transparenz auszusetzen.
- Geben Sie ein **Organigramm** Stellen Sie einen Verfahrensplan auf, wie Fälle im Rahmen dieser einrichtungsübergreifenden Struktur behandelt werden.
- Achten Sie darauf, dass eine **einheitliche Sprachregelung** gilt und dass ein einheitliches Verständnis des **Mandats** und der **Arbeitsweise der verschiedenen Einrichtungen herrscht**.
- Entwickeln Sie ein benutzerfreundliches, effektives **Instrument zur Früherkennung**.
- Manche investieren lieber in **fachübergreifende** anstatt in einrichtungsübergreifende Arbeit als beste Methode zum Umgang mit Straftätern oder anderen gefährdeten Einzelpersonen. Es ist wichtig, diese Unterscheidung zu treffen. Der Begriff „fachübergreifend“ bezieht sich auf Spezialisten, die in einem Team zusammenarbeiten, während einrichtungsübergreifende Arbeit bedeutet, dass sich Spezialisten bei Bedarf treffen, ansonsten aber in ihren separaten Behörden arbeiten.
- **Bauen Sie einen strategischen Partnerschaftsrat** mit Vertretern der einrichtungsübergreifenden Struktur und anderer externer Interventionspartner (NROs usw.) auf.
- Gewährleisten Sie, dass die **Mittel für die Programme** nicht nur für die **Koordination**, sondern auch für die **Umsetzung** aufgewendet werden.
- Stellen Sie Ressourcen für **Netzwerkveranstaltungen** bereit, die die Präventionspartner zusammenbringen.
- **Stellen Sie Ihre Ziele zu Beginn auf**, das erleichtert Ihnen später die Bewertung. Konsultieren Sie IMPACT oder Berater für Bewertungsmechanismen von Anfang an.

KAPITEL DREI

KONTAKT- UND BERATUNGSPUNKT

PRÄVENTIONSTHEMEN

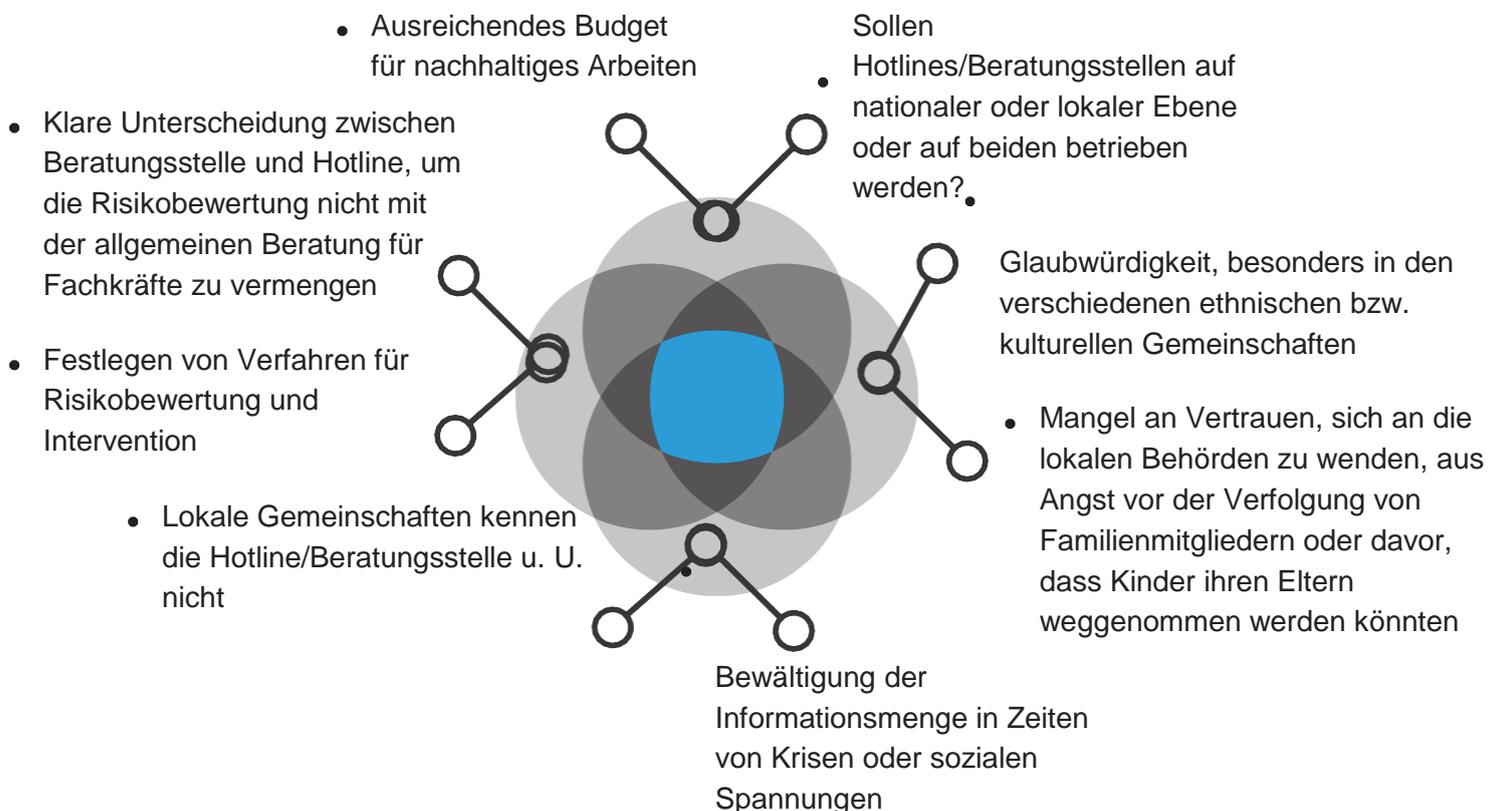


- Hotlines/Beratungsstellen werden häufig von unterschiedlichen Akteuren (Stadtverwaltungen, staatliche Stellen oder Organisationen der Zivilgesellschaft) betrieben. Kontakt- und Beratungspunktfunktionen variieren entsprechend dem jeweiligen Mandat – je nachdem, ob sie unter Beteiligung der Polizei oder unabhängig im Rahmen einer NRO organisiert werden.

Zweck

- Psychologische Unterstützung und Beratung für Familien.
- Protektiver Faktor als rund um die Uhr erreichbare erste Anlaufstelle für Familien.
- Enge emotionale Bindungen und tragfähige Beziehungen innerhalb der Familie sind wichtige Instrumente im Umgang mit radikalisierten Einzelpersonen.
- Familien fühlen sich häufig alleingelassen.

Herausforderungen





Leitprinzipien

- Suchen Sie nach **bestehenden Strukturen** (z. B. vorhandene Beratungsstelle für soziale Belange/Schutz für Eltern). Eine allgemeine zentrale Anlaufstelle (z. B. ein **einrichtungsübergreifender Sicherheitsknotenpunkt**) kann sich mit einer ganzen Reihe von Themen beschäftigen, von denen Radikalisierung nur eines ist.
- Eine andere Option ist die Schaffung eines **einrichtungsübergreifenden Partnerschaftsnetzwerks** (Schulen, Beratungszentren, Strafvollzug usw.). Nutzen Sie bestehende Netzwerke, um den Kontakt zu den Gemeinschaften herzustellen.
- **nur einen Zugangspunkt**. Dies erleichtert die Risikobewertung und die Leitung.
- Alle Beratungsstellen arbeiten nach dem Prinzip, dass in Fällen **unmittelbarer Gefahr Strafverfolgungseinheiten benachrichtigt werden**, mit denen man zusammenarbeitet.
- Hotlines/Beratungsstellen sollten nach Möglichkeit nicht innerhalb von Sicherheitsstrukturen eingerichtet werden. Dies ist wichtig, um Vertrauen in die Beratungsstelle/Hotline herzustellen.
- Ermitteln Sie, **wie kurz die Reaktionszeit sein muss**. Wenn eine kurze Reaktionszeit erforderlich ist, sollte diese bei maximal 24 Stunden liegen. Eine **NRO kann sich als nützlicher zwischengeschalteter Beratungspunkt erweisen**, um Eltern einen Zugang zu behördlichen Stellen – von der Polizei bis hin zu Sozialdiensten – zu ermöglichen.
- Richten Sie neben einer Beratungsstelle/Hotline auch **parallele Kontaktpunkte innerhalb der Gemeinschaft** und den religiösen Organisationen ein, die sich bei sozialen Spannungen als sehr wertvoll erweisen können.
- **Die Bildung von Netzwerken kann Vertrauen innerhalb der Gemeinschaften schaffen**, indem man bestehende Verbrechenverhütungnetzwerke nutzt und diese in die Gemeinschaften und Minderheitengemeinschaften ausweitet. **Die Finanzierung für Beratungsstellen/Hotlines sollte mindestens einen dreijährigen Betrieb abdecken**. Ein längerer Finanzierungszeitraum sorgt für eine langfristige Stabilität der Interventionsbemühungen einschließlich der erforderlichen Personalaufwendungen.



Instrumente und Tipps

Die MitarbeiterInnen sollten angemessen geschult sein und über entsprechende berufliche Kompetenzen verfügen:

- Der Betrieb von Hotlines erfordert **sprachliche und kulturelle Fähigkeiten**, um Vertrauen herzustellen und psychologische Unterstützung zu leisten sowie um die Betroffenen fachgerecht dazu zu beraten, wie sie handeln und an wen sie sich in einer bestimmten Situation wenden können.
- Zum **Erkennen von Signalen** und Festlegen eines Verfahrens für die Anrufbearbeitung sollten Sie Schulungen für die aktuellen MitarbeiterInnen an vorderster Front sowie für Fachkräfte durchführen. **Entwickeln Sie dynamische Risikobewertungstools**, die **Risikofaktoren und protektive Faktoren** auf individueller, persönlicher Ebene und in der Familie abwägen – unter Zugrundelegung der sozialen, motivationsrelevanten und ideologischen bzw. kulturellen Faktoren.
- Sorgen Sie dafür, dass die MitarbeiterInnen über Erfahrung in der telefonischen Beratung und **im Umgang mit Opfern von Traumata und Folter verfügen** Ausländische KämpferInnen sind häufig traumatisiert und leiden unter posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) oder anderen psychologischen Störungen.
- **Das erste Gespräch ist entscheidend – bauen Sie Vertrauen auf.** Es hat häufig den Charakter einer Notfallberatung. Bei den folgenden Gesprächen werden der familiäre Hintergrund und die Dynamik beleuchtet, es erfolgt eine individuelle Beratung bzw. eine für die ganze Familie.
- **Sprechen Sie offen darüber, was als nächstes kommt.** Geben Sie Feedback. Konzentrieren Sie sich auf den Aufbau von Vertrauen, und gehen Sie erst nach und nach auf Fragen des Extremismus ein.
- **Sagen Sie genau, was Sie tun können und was nicht** (auch in praktischer Hinsicht, z. B. bezüglich der Kontaktzeiten). Zuverlässigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für Vertrauen – sagen Sie, was Sie tun, und tun Sie, was Sie sagen.
- Sprechen Sie offen darüber, was geschieht, wenn jemand die Beratungsstelle/Hotline anruft, besonders im Hinblick auf die **Möglichkeiten der Anonymität** und den **Grad der Beteiligung der Polizei** Anrufer müssen darauf aufmerksam gemacht werden, dass es in ernstesten Fällen notwendig sein kann, die Polizei zu informieren.
- Bei der Familienberatung sollte man sich auf die Eltern konzentrieren, um zu verhindern, dass sie sich alleingelassen fühlen. Bei der Unterstützung der Familien ist darauf zu achten, **die Eltern nicht für theologische Diskussionen mit ihren Kindern zu wappnen** Sie sollten vielmehr angeleitet werden, nachzufragen und neugierig zu sein, anstatt zu urteilen.
- Stellen Sie **klare Richtlinien und Vereinbarungen** auf, wie mit ernstesten Fällen umzugehen ist, die bei **von NROs betriebenen Beratungsstellen/Hotlines** auflaufen.
- Investieren Sie in breit angelegte, schlüssige und nachhaltige **Informationskampagnen**, damit die Mitglieder der Gemeinschaften ebenso wie Einzelpersonen wissen, an wen sie sich um Hilfe wenden können.
- Investieren Sie in **lokale Werbekampagnen** in mehreren Sprachen und im Rahmen verschiedener Veranstaltungen in den Gemeinschaften, in der lokalen Presse und bei Seminaren, um bekannt zu machen, worum es bei der Beratungsstelle/Hotline geht. Überlegen Sie, welche **Verteilungspunkte** es gibt.



Rolle von MentorInnen

- Anleitung und positive Kraft
- Vorbildrolle, Motivation der Betroffenen, sich von einer destruktiven Einstellung abzuwenden, und Stärkung ihrer Widerstandsfähigkeit gegen Extremismus
- Unterstützung des persönlichen Wandels
- Begleitung der Entwicklung

Wer sind MentorInnen?

- JugendarbeiterInnen
- SporttrainerInnen
- Eltern
- Örtliche Polizeikräfte
- Religiöse FührerInnen
- Ehemalige ExtremistInnen

Notwendige Eigenschaften

- Authentizität
- Autorität und Stärke
- Vertrauenswürdigkeit
- Respekt
- Gutes Zuhören

Herausforderungen

- MentorIn und Mentee passen nicht zusammen.
- Mentee muss sich überwinden, mit einem Mentor bzw. einer Mentorin mit einem anderen ethnischen, kulturellen oder religiösen Hintergrund zu sprechen.
- Mangelnde Abgrenzung des Mentorings; Schwierigkeit, die Beziehung zwischen MentorIn und Mentee zu beenden.
- Mangelnde Klarheit der Aufgabe und Funktionen des Mentors bzw. der Mentorin; wird rasch zum „Mädchen für alles“.
- Entwicklung einer schlüssigen, effizienten Methodik für MentorInnen und innerhalb von Mentorgruppen.
- Unfähigkeit, psychische Erkrankungen zu erkennen.
- Gewährleistung, dass die MentorInnen das Vertrauen aller genießen, auch der anderen Fachkräfte.
- MentorIn ist kein Ausbildungsberuf und es gibt nur wenige Vollzeitangestellte.
- Transparenzprobleme bei NRO-MentorInnen. Manche halten mit Problemen zurück, um die finanzielle Unterstützung durch Spender oder staatliche Stellen nicht zu gefährden. Manche sind „Popup“-NROs auf der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten mit möglicherweise fragwürdiger



Leitprinzipien

- **MentorInnen sollten nicht immer die erste Option darstellen.** Viele Probleme lassen sich in vorhandenen Rahmenstrukturen (Gesundheitswesen, psychische Gesundheitsvorsorge usw.) lösen. MentorInnen sollten für diejenigen Fälle vorbehalten sein, in denen eine individuelle Intervention notwendig ist.
- **Vorsicht ist gegenüber Mentoringprogrammen von NROs geboten.** Ziele, Zugehörigkeiten und die berufliche Praxis, die für den Umgang mit schwierigen persönlichen Hintergründen/Problemen notwendig ist, müssen klar erkennbar sein.
- **Ehemalige** können in geeigneten Fällen als einflussreiche Stimmen für die Verhütung und Bekämpfung von Radikalisierung eingebunden werden. Dies erfordert jedoch eine genaue Kontrolle, damit der Mentor bzw. die Mentorin nicht in das extremistische Milieu zurückfällt.
- **MentorInnen sollten Vertrauen in das professionelle Netzwerk haben,** um korrekte Hinweise zu einer Person geben zu können. (Wenn beispielsweise ein Mentor bzw. eine Mentorin kein Vertrauen in die Weiterverfolgung durch die Polizei hat, weil diese die Person schlecht behandeln wird, wird er bzw. sie diese Person nicht bei der Polizei melden.)
- Ziehen Sie in Betracht, **Personen aus dem direkten Umfeld der gefährdeten Person zur Beratung und Unterstützung heranzuziehen,** da diese weniger Zeit benötigen, um ein gutes Verhältnis und Vertrauen zu der Person aufzubauen. **Stellen Sie Meldepflichten auf** (was ist zu berichten, was nicht und an wen), und überlassen Sie diese Entscheidung nicht dem jeweiligen Mentor oder der Mentorin.
- **MentorInnen sollten „integrativ“** und nicht nur als ein Hilfsmittel für die Intervention behandelt werden. Bauen Sie nationale Netzwerke auf, in denen bewährte Praktiken vorgestellt sowie aktuelle Informationen zu neuen Gefahren und Bedrohungen ausgetauscht werden können.
- **Einige lokale Koordinationsstellen warnen vor NRO-MentorInnen** , da manche unklare Absichten oder Verbindungen haben können und ihnen eventuell die erforderliche berufliche Praxis für den Umgang mit schwierigen persönlichen Hintergründen/Problemen fehlt.



Instrumente und Tipps

- **MentorInnen sollten überprüft werden** (Sicherheitsüberprüfung), um sicherzustellen, dass sie keine verborgenen Gefahren darstellen oder Verbindungen zu extremistischen Gruppen haben. **Diese Sicherheitsüberprüfungen müssen interdisziplinär durchgeführt werden.** Es reicht nicht aus, das Strafregister zu konsultieren.
- Es kann passieren, dass die Rolle der MentorInnen in ihren eigenen Gemeinschaften kritisiert oder ihnen sogar Gewalt angedroht wird. Dies muss berücksichtigt werden – **daher ist ihre Anonymität sehr wichtig**
- **Sorgen Sie dafür, dass sich MentorInnen sicher fühlen.** (Wohin können sie sich beispielsweise wenden, wenn sie bedroht werden?)
- Achten Sie auf geeignete persönliche und berufliche Kompetenzen. **Stellen Sie ein Team zusammen, dem sowohl Männer als auch Frauen sowie Personen unterschiedlicher ethnischer Herkunft aus verschiedenen Berufen angehören.** Dadurch wird gewährleistet, dass eine möglichst breite Auswahl zur Verfügung steht, wenn es darum geht, geeignete MentorInnen zu finden. **Die Persönlichkeit ist wichtiger als methodische Fragen.** Wenn die Mentorgruppe zu klein ist, kann eventuell keine geeignete Person gefunden bzw. der Mentor/die Mentorin nicht ausgetauscht werden, wenn die Intervention fehlschlägt.
- Bauen Sie einen Mentorpool auf, um individuelle Lösungen finden zu können. **Alle MentorInnen sollten die gleiche Schulung durchlaufen und die gleichen Methoden nutzen,** die sie mit ihrer Persönlichkeit und ihrem beruflichen Hintergrund kombinieren, um einzuschreiten und als Vorbild zu fungieren.
- Sorgen Sie dafür, dass die MentorInnen darin geschult werden, ihre eigenen Ansichten von ihrem „professionellen“ Verhalten zu trennen. **Erarbeiten Sie ein Schulungshandbuch** für die Weiterbildung von MentorInnen.
- **Stellen Sie sicher, dass die MentorInnen ihren Mentees Sozialkompetenzen vermitteln** und dafür sorgen, dass diese innerhalb eines festgelegten Zeitplans unabhängig werden – sonst muss die Beziehung auf unbestimmte Zeit fortgesetzt werden.
- **Suchen Sie für jede(n) Mentee einen passenderen Mentor bzw. eine geeignete Mentorin.** MentorInnen müssen ein tiefes Verständnis der kulturellen und religiösen Hintergründe haben. Die direkte Arbeit mit jungen Menschen erfordert einen positiven Ansatz. **Konzentrieren Sie sich auf eine lenkende Rolle und stellen Sie die richtigen Fragen, um die Personen dabei zu unterstützen, ihre eigenen Lösungen zu finden.**
- Unterscheiden Sie zwischen professionellem und privatem Verhalten. (Was ist beispielsweise, wenn ein Mentor bzw. eine Mentorin zu privaten Themen gefragt wird?)



Rolle von PsychologInnen und der psychischen Gesundheit – wichtige Themen

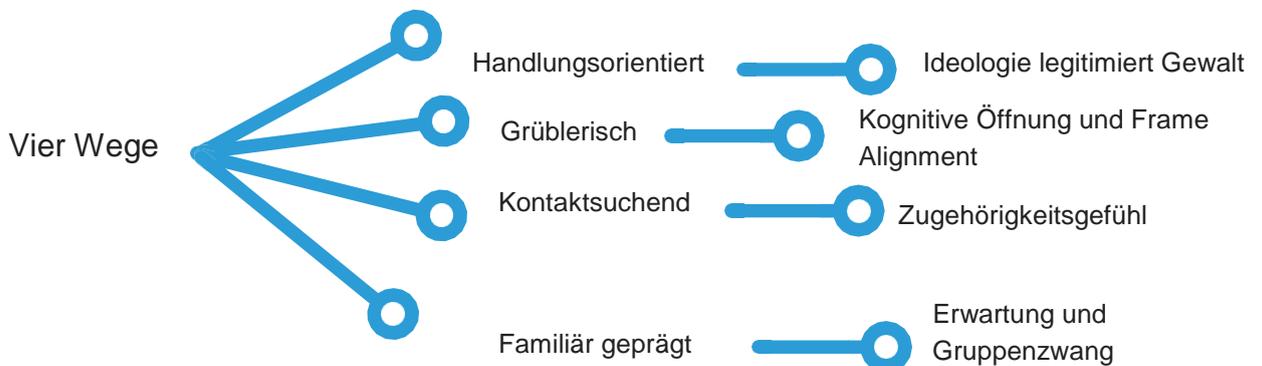
- Psychologische Risikobewertung und Beratung.
- Untersuchungen und Therapiesitzungen.
- Fachkräfte für psychische Gesundheit, wie psychiatrische KrankenpflegerInnen, sind wichtig für den Bewertungsprozess.
- Die Behandlung psychiatrischer Probleme bei Kindern und Jugendlichen erfordert spezielle Fähigkeiten, die SozialarbeiterInnen und PsychologInnen häufig nicht besitzen.
- Psychische Gesundheitsprobleme bei Jugendlichen unterscheiden sich von denen bei Erwachsenen und werden häufig falsch oder gar nicht diagnostiziert.

Antisoziale Persönlichkeitsstörungen

Personen, die sich zu gewaltbereitem Extremismus hingezogen fühlen, leiden oft an einer Kombination komplexer soziopsychologischer Probleme:

- Mangel an Empathie
- Hohe Risikobereitschaft
- Suche nach Nervenkitzel
- Unfähig, Probleme zu lösen
- Männlichkeitsnormen
- Zentrale Rolle von Gewalt
- Geringe Sozialkompetenz
- Mangelnde Fähigkeit, kritisch zu denken
- Geringe Impulskontrolle

Soziopsychologische Wege in den Extremismus



Herausforderungen

Andere staatliche Stellen arbeiten eventuell gegen das Eigeninteresse der Klienten, wodurch der Erfolg der Psychotherapie beeinträchtigt wird

Begrenzte Angebote, lange Wartezeiten oder kein Zugang zu psychologischer Behandlung

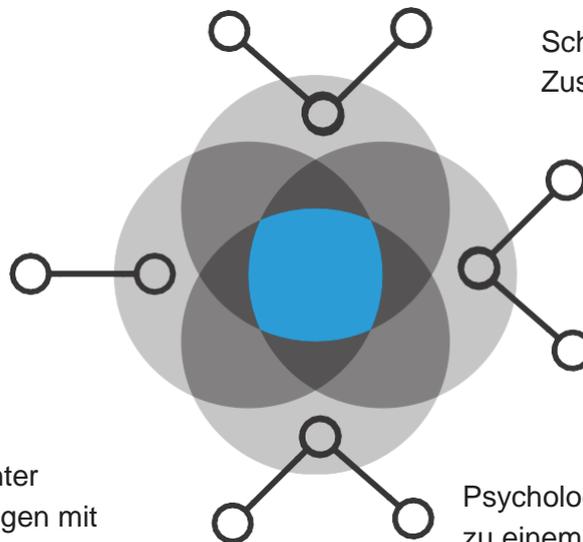
Schweigepflicht kann Zusammenarbeit behindern

Schaffung einer positiven Zusammenarbeit zwischen Psychologe/Psychologin und KlientIn kann viel Zeit in Anspruch nehmen

Suche nach Fachkräften mit notwendigem Hintergrund und Erfahrungen im Umgang mit terroristischen KämpferInnen, die aus dem Ausland zurückkehren

Risikobewertungen unter schwierigen Bedingungen mit Personen, die an einer Zusammenarbeit nicht interessiert sind

PsychologInnen werden oft erst zu einem späteren Zeitpunkt hinzugezogen und nicht am Entscheidungsprozess beteiligt



Leitprinzipien

- **PsychologInnen sollten frühzeitig in eine einrichtungsübergreifende Struktur eingebunden werden**, damit unterschiedliche Sichtweisen auf Fälle von anderen Stellen vorliegen.
- **Es sollten unbedingt mehrere PsychologInnen zur Verfügung stehen**, zum Beispiel für die Betreuung von Eltern, die Bewertung von Traumata oder den Umgang mit akuten Krisen. Dies gilt beispielsweise für Fälle, in denen Eltern über den Tod ihres Kindes informiert werden, für die Beaufsichtigung von MitarbeiterInnen/MentorInnen/Elterncoaches sowie für die Bewertung der allgemeinen psychischen Verfassung einer Familie (Eltern, Geschwister des radikalisierten jungen Menschen), sodass ein ganzheitlicher Ansatz für die ganze Familie möglich ist.
- **Fragebogen zur psychischen Gesundheit bzw. einer Gefährdungsbeurteilung sollten falsche Signale effektiv herausgefiltert** und ermittelt werden, wie mit dem Fall umzugehen ist und wer sich damit befassen sollte.
- **Eine stärkere Einbeziehung von PsychologInnen auf allen Ebenen** ist notwendig – nicht nur bei der Behandlung, sondern auch in der Politik, bei der Einrichtung und Gestaltung von Interventionen, bei Schulungen, Qualitätssicherung und Forschung.



Instrumente und Tipps

- Stellen Sie sicher, dass der psychologische/psychiatrische Fokus auf jungen Menschen liegt, die andere Symptome/Bedürfnisse aufweisen als erwachsene Männer und Frauen.
- Psychiatrische Fachkräfte spielen eine wichtige Rolle bei der Erkennung psychischer Gesundheitsprobleme wie **Traumata bei jungen Menschen**.
- Es werden **klare Modelle/Theorien des Wandels**, starke **evidenzbasierte Methoden** sowie umfassende, **standardisierte Schulungen** benötigt.
- Vermitteln Sie Personen, die direkt mit PatientInnen arbeiten (ob im Rahmen einer Therapie oder im institutionellen Umfeld) Wissen über und ein Bewusstsein für Radikalisierung. Es reicht nicht aus, dass ein oder zwei Fachkräfte über dieses Wissen verfügen. **Wer unmittelbar mit PatientInnen zu tun hat, muss wissen, wonach es Ausschau zu halten gilt und was verschiedene Indikatoren bedeuten.**
- **Lernen Sie evidenzbasierte Methoden kennen, bei denen Traumabehandlung mit Risikobewertung und Therapiemethoden** (Life Psychology, Risk-Need-Responsivity-Modell, Signs-of-Safety-Ansatz usw.) kombiniert werden.
- Die beteiligten PsychologInnen müssen Erfahrung mit der Zielgruppe haben und über eine einschlägige Fachausbildung sowie entsprechendes Wissen verfügen. Sie müssen **interkulturelle Kompetenzen** besitzen.
- **Übernehmen Sie Verfahren** aus dem Gebiet der Gewaltbekämpfung und Kriminologie.

KAPITEL SECHS

MODELLE FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG

PRÄVENTIONSTHEMEN



Wichtige Punkte

- Familien sind oft die ersten, die beunruhigende Anzeichen einer Radikalisierung bemerken. Sie können gefährdeten Personen wichtige Unterstützung bieten und einen positiven Einfluss ausüben.
- Die tiefen Bindungen und Emotionen in einer Familie bieten ein riesiges Potenzial im Kampf gegen radikale Ideale.
- Familien können aber auch Teil des Problems sein. Radikalisierte Personen stammen häufig aus zerrütteten Familien oder haben keine Vaterfigur.
- Familien sind oft Partner, wenn es darum geht, radikalierungsgefährdete Personen zu melden und zu schützen.
- Wenn junge Menschen inhaftiert werden, sind die Familien eine wichtige Ressource für die Wiedereingliederung und Resozialisierung.

Herausforderungen

Betreuung von Geschwistern erfordert Zustimmung der Familie oder einen Beweis für die Gefährdung des Kindeswohls

Familien wissen nicht, an wen sie sich wenden können

Misstrauen zwischen Familien in Familienbetreuungsgruppen

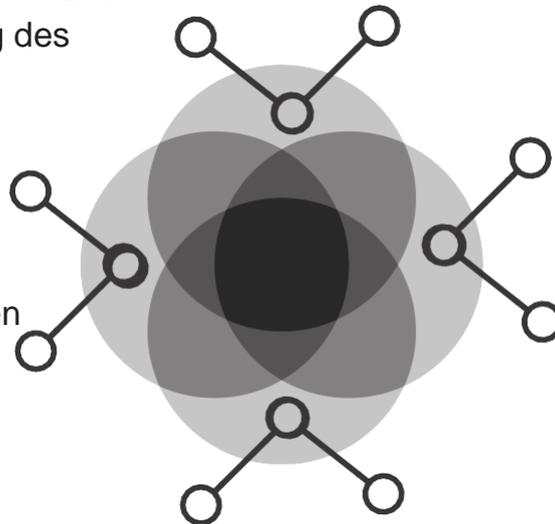
Familien vertuschen Beteiligung ihres Kindes

Schwindendes gegenseitiges Vertrauen zwischen Behörden und Familien

Familien haben Angst, das Jugendamt könnte ihnen ihr Kind wegnehmen

Familien sind u. U. selbst radikalisiert

Familien weigern sich, mit den Behörden zusammenzuarbeiten





Leitprinzipien

- **Verfolgen Sie einen auf die einzelnen Familien zugeschnittenen Ansatz**, indem Sie einen einrichtungsübergreifenden Reaktions- und Maßnahmenplan aufstellen. So können Sie beispielsweise TherapeutInnen für die Beratung von Familien oder Einzelpersonen (Aufbau von Netzwerken für die Familienbetreuung und spezialisierte Beratung) und MentorInnen einbeziehen, praktische Unterstützung für Einzelpersonen organisieren, um sich für eine Arbeitsstelle zu bewerben oder die Schule zu besuchen, usw.
- Einigen Sie sich mit Partnerbehörden darauf, **wie und wann Informationen weitergegeben werden und welche Schwellenwerte gelten**.
- Damit sich die Sozialbehörden um Radikalisierung in der Familie kümmern, müssen die **Symptome der Radikalisierung** den „üblichen“ **Risikoparametern von Vernachlässigung, Missbrauch, Gewalt usw. entsprechen**.
- **guter Kommunikationsfluss** zwischen den verschiedenen Institutionen ist wichtig. Vorzugsweise wird dieser durch die Leitung von Aktionen durch eine **primäre Taskforce** erreicht.
- Stellen Sie **spezielle AnsprechpartnerInnen** für die Familie ab.
- Achten Sie darauf, dass nicht andere Familienmitglieder den Mentor bzw. die Mentorin nutzen, um ihre eigenen Probleme zu lösen.
- Ziehen Sie den Aufbau von **Netzwerken zur Unterstützung von Familien** als Treffpunkt für Eltern in ähnlichen Situationen in Betracht. Bedenken Sie jedoch, dass sich die Menschen manchmal schämen oder noch zu wütend sind, um ihre Emotionen gegenüber anderen Familien auszudrücken, die sich in der gleichen Situation befinden.
- Für Familieninterventionen gibt es kein Patentmodell. Daher ist es wichtig, **für verschiedene Familienstrukturen jeweils geeignete Methoden** einzusetzen. Unterschiedliche familiäre Hintergründe (sozioökonomisch, religiös, kulturell) erfordern unterschiedliche Ansätze.
- Es ist wichtig, MitarbeiterInnen darin zu schulen, unterschiedliche **religiöse und kulturelle Hintergründe** beim Aufbau von Beziehungen zu berücksichtigen.



Instrumente und Tipps

Vorbereitung und erstes Treffen

- **Holen Sie detaillierte Informationen zur Familiengeschichte ein** und verschaffen Sie sich einen Überblick über den sozioökonomischen Status der Familie. Dazu gehört auch eine **Skizzierung der Ressourcen**, die bereits in Kontakt mit der Familie stehen (z. B. Sozialbehörden, Polizei, Kinderbetreuung).
- **Legen Sie fest, wer den ersten Kontakt herstellen soll.** Wenn die Polizei, SozialarbeiterInnen oder beide eine Familie zum ersten Mal aufsuchen, legen Sie fest, wer die Verantwortung übernimmt und was das Ergebnis des Treffens sein soll.
- **Beobachten Sie die Familiendynamik und Anzeichen für zerrüttete Beziehungen.** Bauen Sie Vertrauen und Beziehungen zu der Familie auf. **Seien Sie transparent und vermeiden Sie Heimlichkeiten.** Manövrieren Sie sich nicht in verfahrenen Situationen zwischen der Familie und der Polizei. Treffen Sie klare Aussagen über Ihre Handlungen aus Sicht der lokalen Behörden.
- **Haben Sie Verständnis, wenn Eltern versuchen, ihre Kinder zu schützen,** indem sie lügen (die Rolle der Eltern ist sehr wichtig, unabhängig davon, wie „nahe“ Sie ihnen stehen).
- Beurteilen Sie die Gedanken und Sorgen der Eltern (potentielle Unterstützung) um das radikalisierte Kind/den radikalisierten jungen Menschen. Hierzu gehört auch ihr Bedarf an externer Unterstützung. Die Erfahrung zeigt, dass dies in der Familie gemeinsam von SozialarbeiterInnen und Polizei bewertet werden sollte. Stellen Sie den Kontakt her und identifizieren Sie das Problem. Führen Sie sofort direkte Gespräche. Dadurch wird Vertrauen aufgebaut.
- Beginnen Sie frühzeitig mit Bewertungen, und **sorgen Sie für angemessene Reaktionen** Erklären Sie, dass der **Prozess Zeit in Anspruch nimmt und es wahrscheinlich auch zu Rückschlägen kommen wird**
- Nennen Sie den Familien **einen Ansprechpartner** und „belagern“ Sie nicht ihr Wohnzimmer.

Während der Intervention (I)

- Üben Sie sich in Geduld, seien Sie hartnäckig und bieten Sie mehrmals Hilfe an. Konzentrieren Sie sich auf die Bedürfnisse der Familie und akzeptieren Sie deren Trauer und Ambivalenz gegenüber der Situation.
- **Setzen Sie gleich zu Beginn praktische Grenzen für die Unterstützung** sowie klar definierte Ziele im Hinblick darauf, **wann und wie das Engagement beendet wird.**
- **Befragen Sie die Familien** nach „schmerzvollen“ Ereignissen (wie Angriffe auf ausländische KämpferInnen). **Konzentrieren Sie sich auf die Bedürfnisse der Familie anstatt auf die Gefahren.** Haben Sie Verständnis für die jeweilige Familiendynamik.
- **Konzentrieren Sie sich auf die sozialen und emotionalen Probleme** (wobei Sie die Rolle der Ideologie jedoch nicht ignorieren sollten). Hierzu eignet sich ein Identitätsmodell, mit dem sich zugrunde liegende soziale Probleme, wie Gefühl der Entfremdung, Frustration, Ausgrenzung, Mangel an Perspektiven usw., ermitteln lassen.
- Weisen Sie die Familie darauf hin, dass **Interventionen dazu beitragen können, Jugendliche und ihre Eltern einander wieder anzunähern** sowie ihre Kommunikation und das Konfliktmanagement zu verbessern.

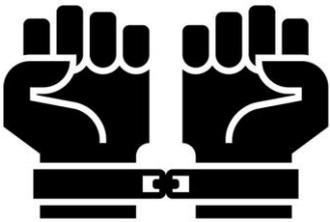
Während der Intervention (II)

- **Bieten Sie Orientierungshilfe dafür, wie der Kontakt** zu den weggegangenen Personen aufrechterhalten werden kann (z. B. über Skype oder soziale Medien).
- **Binden Sie die gesamte Familie ein**, da eine Gruppe wichtige Hinweise darauf liefern kann, warum die Person weggegangen ist und wie hoch die Bereitschaft der Familie ist, eine konstruktive Rolle bei der Intervention zu übernehmen.
- Wenn eine Familie jemanden „verliert“, der als ausländischer Kämpfer bzw. ausländische Kämpferin ausgezogen ist, müssen Sie darauf achten, sich nicht nur um die Eltern zu kümmern, **sondern auch um die Geschwister**. Diese sind offenbar selbst eine radikalierungsgefährdete Gruppe.
- Schützen Sie die Familie vor **weiteren Radikalisierungsversuchen** durch Personen, die sich noch im Land befinden. So können beispielsweise andere radikale Personen, die Verbindung zu der weggegangenen Person haben, versuchen, Schwestern zu heiraten oder andere Familienmitglieder zu radikalieren.
- **Erwägen Sie Kurse, die sich an sozial schwache Eltern** und die entsprechenden Verwandten richten. Der Schwerpunkt sollte auf einer **Stärkung der Rolle als Eltern und der Fähigkeiten im täglichen Leben** liegen, und sie sollten mehr Wissen über die Rechte, Pflichten und Normen in der Gesellschaft vermitteln. **Konzentrieren Sie sich auf ihre Ressourcen als Eltern und nicht auf Fehler oder Versagen**.
- Bieten Sie Raum für die **Stärkung von Müttern**, sodass diese mehr Vertrauen in ihre elterlichen Fähigkeiten gewinnen und darin, wie sie mit schwierigen Problemen wie einer Radikalisierung umzugehen haben.
- **Konzentrieren Sie sich auf die Geschlechterperspektive**. Mütter spielen üblicherweise eine Schlüsselrolle im Familienleben und bei der Kindererziehung. Sie kennen ihre Kinder sehr gut und können eine Schutzfunktion übernehmen.
- **Stellen Sie weibliche Vorbilder und Mentorinnen zur Verfügung**.
- Bereiten Sie sich auf eine Kombination aus geschlechterspezifischen und Konvertierungsproblemen vor.
- **Erwägen Sie eine Krisenberatung** mit zusätzlicher langfristiger Beratung zur Bewältigung der Situation. **Durchbrechen Sie den Kreislauf der Isolation**.
- Die Familie benötigt u. U. **Unterstützung im Umgang mit den Medien**
- **Geben Sie Kontaktdaten von Familien niemals an Medien oder Forscher weiter**. Geben Sie stattdessen Anfragen und Mitteilungen an die Familien weiter, und lassen Sie sie selbst entscheiden. Lassen Sie nicht den Eindruck aufkommen, dass Sie eine Familie einer anderen „vorziehen“: Bleiben Sie neutral, und fordern Sie nicht immer dieselbe Familie zu öffentlichen Äußerungen auf. Erklären Sie Familien, die sich häufig gegenseitig die Schuld zuweisen, dass jeder die gleiche Art der Unterstützung erwarten kann.

KAPITEL **SIEBEN**

WIEDEREINGLIEDERUNG NACH DER HAFT

PRÄVENTIONSTHEMEN



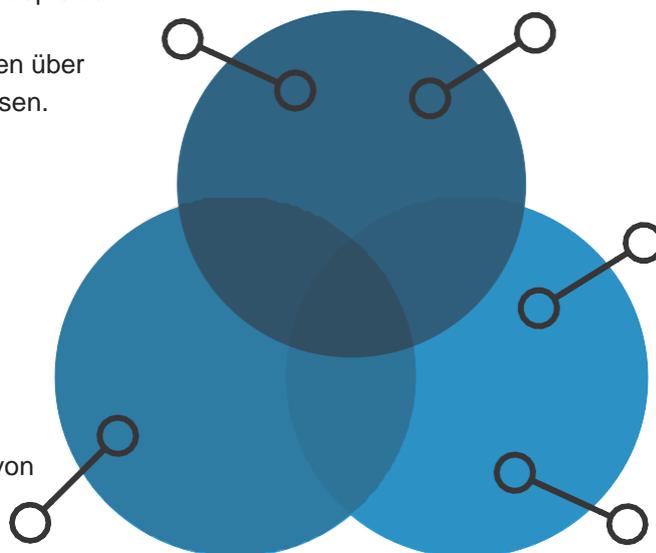
Wichtige Punkte

- Familien, positiv eingestellte Sozialfachkräfte, Organisationen der Zivilgesellschaft, SozialarbeiterInnen und MentorInnen spielen eine entscheidende Rolle dabei sicherzustellen, dass Menschen nicht in ihre alten, zerstörerischen Verhaltensmuster zurückfallen.
- Die Wiedereingliederung beginnt bereits im Gefängnis und erfordert neben psychologischer Beratung auch religiöse Gespräche.
- MentorInnen können bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft eine entscheidende Rolle spielen. Außerdem erfüllen sie praktische Aufgaben, indem sie die Betroffenen bei Behördengängen unterstützen.

Herausforderungen

Haftanstalten sind „Orte der Verwundbarkeit“, und radikalisierte Personen neigen dazu, jede vermeintliche Ungerechtigkeit und alle Erfahrungen von Ohnmacht oder Erniedrigung als Bestätigung ihrer Ideologie und ihres Feindkonzepts zu interpretieren. Dies kann Resozialisierungsmaßnahmen über die Haftzeit hinaus beeinflussen.

Es kann schwierig sein, Haftanstalten, Polizei und kommunale Systeme zur Zusammenarbeit zu bewegen. Es ist nicht immer möglich, ausreichend Informationen zwischen den im Gefängnis für die Resozialisierung zuständigen Stellen und den lokalen Behörden auszutauschen.



Lokale Behörden können von der Entlassung von Gefangenen überrascht werden. Die Entlassung kann in lokalen Milieus unter kriminellen Banden und Extremisten zu großer Unruhe führen.

Nach der Entlassung ist eine entscheidende Phase der Verwundbarkeit. Die aus der Haft entlassene Person ist u. U. wieder alten Gruppenstrukturen und Gruppenzwang ausgesetzt.

Es besteht die Gefahr, dass die Person nach der Entlassung wegzieht (außerhalb der kommunalen Zuständigkeit).



Leitprinzipien

- **Erarbeiten Sie Ausstiegsprogramme auf der Grundlage vorhandener Programme zur Verbrechensverhütung** und zum Ausstieg aus kriminellen Banden, da die gleichen Grundprinzipien häufig auch auf Fälle von Extremismus angewendet werden können.
- **Erwägen Sie ein Mentoringprogramm in Gefängnissen** für Häftlinge, die bereit sind, aus dem Extremismus auszusteigen. Es sollte auf einer bewährten Methode für Ausstiegsprogramme basieren.
- **MentorInnen sollten über ein umfangreiches Wissen über Religion verfügen**, da viele RückkehrerInnen über ihre religiösen und ideologischen Überzeugungen sprechen möchten.
- **Ausstiegsprogramme von NROs** können nicht ohne Zugang zu den erforderlichen sozialen Dienstleistungen, wie angemessener Wohnraum, Arbeitsplatz, Bildung usw., durchgeführt werden. Eine **funktionierende Koordination ist dafür unerlässlich**.
- Lassen Sie den Kontakt zu anderen Insassen und **Gefängnisbesuche** zu, denn diese stellen einen wichtigen Kontakt zu Familie und Freunden dar.
- Ermöglichen Sie im Gefängnis und danach **Zugang zu psychologischer bzw. psychischer Behandlung**.
- **Verknüpfen Sie die lokale Ebene mit dem, was im Gefängnis passiert**: Bieten Sie Akteuren der lokalen Ebene die Möglichkeit, bereits vor der Entlassung mit inhaftierten Personen Kontakt aufzunehmen.
- **Sorgen Sie dafür, dass dieselben MentorInnen, die eine Person auch während der Inhaftierung betreut haben, verfügbar sind**, und binden Sie positive Kontaktpersonen aus dem sozialem Umfeld ein. Es ist sehr wichtig, Häftlinge auf das Leben außerhalb des Gefängnisses vorzubereiten und das Gelernte auf den zukünftigen Alltag zu übertragen und dort zu verankern.
- **Richten Sie ein lokales Netzwerk mit praktisch Tätigen aus dem Gefängnis, von Polizei und Kommunalverwaltung ein**, um in Vorbereitung der Entlassung Fragen zu Transfersystemen, zur Entlassung usw. zu erörtern.



Instrumente und Tipps

- **Setzen Sie normale laufende Ausstiegsprogramme in Kombination mit einem Mentor bzw. einer Mentorin ein. miteinander verknüpft werden.**
- **Stellen Sie sofort Kontakt zu den aus der Haft entlassenen Personen her**, um eine gute Nachbetreuung zu gewährleisten und eine qualifizierte Beurteilung der jeweiligen Situation sowie des Ausmaßes der Radikalisierung abzugeben.
- Beschäftigen Sie aus der Haft entlassene Personen **mit sinnvoller Arbeit und Bildung**.
- Nutzen Sie die Inhaftierung, und stellen Sie einen alternativen Kontakt zur Verfügung, um andere Perspektiven vorzustellen und **positive Einflüsse zu fördern, indem Sie eine zuverlässige Beziehung und vertrauensvolle soziale Interaktion anbieten**
- **Berücksichtigen Sie den lokalen Kontext**, da einige Maßnahmen möglicherweise bereits ausprobiert wurden und fehlgeschlagen sind oder erfolgreich waren: Bauen Sie hierauf auf, während die Person im Gefängnis ist.
- **Weisen Sie klar die letztendliche Verantwortung für die Risikobewertung zu.**
- **Der Grund für den Ausstieg aus dem Extremismus ist eventuell nicht der gleiche, aus dem sich jemand anfangs dem Extremismus zugewandt hat.** Die tiefer liegenden Gründe können sich unterscheiden und müssen untersucht werden.
- **Der Ausstieg hat selten einen ideologischen Grund, sondern ist meistens praktischer und sozialer Art.**

KAPITEL ACHT

SOZIALE MEDIEN

PRÄVENTIONSTHEMEN



Wichtige Punkte

- Die sozialen Medien liefern einzigartige Einblicke in die Ansichten und das soziale Netzwerk radikalierter Personen.
- Sie bieten außerdem Möglichkeiten, mit ihnen in Kontakt zu treten.
- Soziale Medien sind ein wirksames Instrument zur Verbreitung von Gegennarrativen oder alternativen Narrativen.
- Alternative Narrative stärken das Gefühl der Zugehörigkeit auf lokaler Ebene und damit die Resilienz gegenüber Radikalisierung.
- Es ist einfacher, Mitglieder der Gemeinschaft mit positiven sozialen Narrativen zu erreichen und einzubeziehen.

Herausforderungen

Rolle und Einfluss lokaler Behörden bei der Vermittlung von alternativen und Gegennarrativen

Riesige Mengen extremistischer Propaganda, die in sozialen Medien veröffentlicht werden, erschweren es den Kommunen, dieser zu folgen und sie zu überwachen

Schaffung einer Online-Prävention, die Offline-Interventionen unterstützt

Wie die Zielgruppe erreicht und eingebunden werden kann

Angebot von Online-Präventionsinstrumenten und -Interventionen, die bei der Zielgruppe ankommen

Suche nach glaubwürdigen (und repräsentativen) Stimmen und die Gewährleistung ihrer Sicherheit



Leitprinzipien

- Informieren Sie LehrerInnen, SozialarbeiterInnen und StreetworkerInnen über die Rolle der sozialen Medien hinsichtlich Rekrutierung und Radikalisierung sowie effizienter Präventionsmaßnahmen.
- Stellen Sie sicher, dass die Gemeinschaften selbst an der Erarbeitung der Gegennarrative beteiligt sind.
- Gehen Sie innovative Partnerschaften ein, um Partner der Zivilgesellschaft in die Lage zu versetzen, ihr eigenes Material zu erstellen.
- Arbeiten Sie mit nationalen und internationalen Partnern zusammen, um sich über Methoden, Erfahrungen und Schulungen auszutauschen.
- Engagieren Sie sich in Online-Initiativen der Zivilgesellschaft, und unterstützen Sie diese, um Radikalisierung zu bekämpfen, über die Gefahren aufzuklären und eine kritische Auseinandersetzung mit Online-Informationen zu fördern.
- Es muss ein Plan zur Einbeziehung der Gemeinschaft erarbeitet und versucht werden, die Personen oder Gruppen zu ermitteln, die am besten in der Lage sind, die Zielgruppe (gefährdete Einzelpersonen oder Gruppen) zu erreichen.
- Sobald diese glaubwürdigen Stimmen gefunden wurden, müssen sie unbedingt die erforderlichen Kenntnisse und Schulungen erhalten: über soziale Medien, Mainstream-Medien (sie können eventuell in Ihrem Namen mit der Presse sprechen), das Erstellen von Websites, das Generieren von Web-Traffic und Followern sowie das Verstärken von Botschaften.
- Digitale Kenntnisse sind bereits in einem frühen Alter wichtiger Bestandteil der Bildung. Hierbei geht es darum, dass junge Leute Quellen differenziert betrachten, die „Netiquette“ kennen und Fähigkeiten zu kritischem Denken entwickeln sollen. Erwachsene und Eltern könnten eine aktive Rolle in den sozialen Medien spielen, um den Dialog mit jungen Leuten zu suchen, die im Internet Anzeichen von Extremismus zeigen.
- Erwägen Sie die Bildung digitaler Jugendteams mit Schwerpunkt auf digitaler Sensibilisierung/Schulung/Bildung.
- Kreativität ist entscheidend. Arbeiten Sie beispielsweise mit jungen und innovativen Filmemachern zusammen.



Instrumente und Tipps

- Unterstützen Sie einen Peer-to-Peer-Ansatz.
- Erwägen Sie auch die Online-Kontaktaufnahme zu radikalisierten Jugendlichen, um eine Offline-Beratung zu vereinbaren. Greifen Sie auf Beispiele bewährter Praktiken in Ihrer Kommune zurück, um positive Narrative zu belegen.
- Tauschen Sie sich mit Partnerbehörden über die *Decknamen* von Extremisten in den sozialen Medien aus, um deren Online-Verhalten verfolgen zu können.
- Halten Sie Kontakt zur Jugend, um über die Reichweite und den Einfluss von Online-Botschaften auf dem Laufenden zu bleiben.
- Kommunizieren Sie so viel wie möglich mit Personen, die online Anstiftung und Hetze betreiben sowie radikale Botschaften verbreiten, damit Sie auch offline gegen diese angehen können.

KAPITEL NEUN

MIT GEMEINSCHAFTEN UND DER ZIVILGESELLSCHAFT ZUSAMMENARBEITEN

PRÄVENTIONSTHEMEN



Wichtige Punkte

- Die Unterstützung von und die Arbeit mit gefährdeten Gemeinschaften sind von wesentlicher Bedeutung. Extremisten nutzen bevorzugt Identitätsprobleme, das Bedürfnis, sich zu etwas zugehörig zu fühlen, sowie die gegenwärtige Isolation einiger Gemeinschaften von der Gesellschaft, in der sie leben, aus.
- Die Gemeinschaften müssen erkennen, dass es ein Problem mit Extremismus gibt. Gemeinschaften und Glaubensgemeinschaften lassen sich am besten als komplexes System beschreiben, das ständig in Bewegung ist, sich ändert und über eine große Vielfalt verfügt. Die Annäherung an die einzelnen Gemeinschaften muss daher auf individuelle Art und Weise erfolgen.

Herausforderungen





Leitprinzipien

- **Unterstützen Sie die Debatte und den Dialog** zwischen Gruppen und Gemeinschaften.
- **Bürgernahe Polizeiarbeit** ist einer der wichtigsten Punkte für den Dialog mit den Gemeinschaften.
- Schaffen und fördern Sie in der Kommune eine Atmosphäre der „**offenen Türen**“, damit die Menschen kommen und ihre Sorgen und Gedanken mitteilen können.
- Stellen Sie sicher, dass sich die **Akteure der Zivilgesellschaft ihrer Rolle** bei der Verhütung von gewalttätigem Extremismus bewusst sind. Beteiligen Sie sich am **Aufbau umfassender Netzwerke**, die einen konstruktiven Dialog mit den Behörden ermöglichen und eine wichtige Rolle bei der Auseinandersetzung mit sozialen Spannungen und Radikalisierung spielen.
- **Bei einem sehr angespannten politischen Klima sollten Sie Verantwortung an Akteure der Zivilgesellschaft übergeben**, die in der jeweiligen Gegend integriert sind, in der sich gefährdete Jugendliche und ein Risikoumfeld befinden.
- Um die richtigen Gruppen zu finden, sollten Sie **die Veranstaltungen der Gemeinschaften besuchen** und **sich ihre Probleme anhören**. Sie müssen verstehen, dass CVE ganz weit unten auf der Liste ihrer Prioritäten steht, und diese Tatsache respektieren.
- **Bauen Sie auf Stadtebene lokale Kontaktnetzwerke auf**. Mobilisieren Sie so viele Partner wie möglich, jeden in seiner eigenen Funktion.
- **Richten Sie einen Nachrichten-Thread für Netzwerke der Zivilgesellschaft in den sozialen Medien ein**, der eine schnelle Verbreitung von Informationen und Kommentaren ermöglicht. Hiermit lassen sich Mythen zerstören oder wichtige Botschaften an die AktivistInnen der Gemeinschaft weiterleiten. Außerdem können Mitglieder der Gemeinschaft hier Fragen stellen und schnelle Antworten von Partnern (und natürlich auch anderen Mitgliedern) erhalten.
- **Entwickeln Sie in der Gemeinschaft einen Aktionsplan**, um gemeinschaftsbasierte Initiativen durchzuführen, wobei Besprechungsprotokolle online veröffentlicht werden, sodass die Diskussionen allen offen stehen.
- Unterstützen Sie die **Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften**. Diese Gesellschaften kennen die Bewohner und können durch Hausaufgaben-Cafés, Job-Coaching, gesundheitsrelevante Veranstaltungen usw. positive soziale Veränderungen bewirken.
- **Kenntnisse der lokalen Gegebenheiten und der Kultur sind wichtig**, um gewalttätigen Extremismus zu verhindern. Manchmal kann es passieren, dass Aussagen und Aktionen als besorgniserregend interpretiert werden, nur weil Mitarbeitern der Kommunen und der Polizei das kulturelle Verständnis und die Kenntnis der lokalen Gemeinschaften fehlen.
- **Geben Sie den Gemeinschaften Raum, ihre eigene Rolle** und die konkrete Beteiligung an allgemeinen Initiativen zu definieren.



Instrumente und Tipps

- **Führen Sie einen Dialog** mit wichtigen Organisationen und Persönlichkeiten der lokalen Gemeinschaften.
- **Entwickeln Sie Kriterien für Partner und für die Einbindung.** Wer wird eingeladen und wer nicht?
- **Bieten Sie Schulungen und Kurse** für lokale Akteure an.
- Gruppen der Zivilgesellschaft sollten **zur Teilnahme an kommunalen Gremien** (entweder als Referenzgruppe der Gemeinschaft oder zur Prüfung) eingeladen werden, damit sie sehen, welche CVE-Initiativen auf lokaler Ebene durchgeführt werden, und sich an ihrer Umsetzung beteiligen können. Wenn sie auf diese Weise einbezogen werden, dann werden sie Ihre Arbeit auch stärker befürworten und – wenn Sie die richtigen Personen am Tisch haben – dazu beitragen, Türen zu öffnen und Vertrauen aufzubauen. Daher ist es so wichtig, Türöffner und nicht Türwächter an den Tisch zu holen.
- **Organisieren Sie offene Diskussionsveranstaltungen** mit Vertretern der Polizei und der Kommune, u. U. auch zu ganz konkreten Fragen.
- **Veranstalten Sie religionsübergreifende Diskussionsrunden.**
- **Investieren Sie in den interkulturellen und interreligiösen Dialog**, wobei der Schwerpunkt auf lokaler Ebene und sozialem Zusammenhalt liegen sollte.
- **Finanzieren Sie Weiterbildungsmaßnahmen und Schulungen für den Austausch** zwischen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und aus verschiedenen Glaubensrichtungen.
- **Befassen Sie sich mit echten Missständen, Sorgen und empfundener Ungerechtigkeit.**
Diese Themen sollten ernst genommen werden.
- **Haben Sie keine Angst, mit Ihren „Gegnern“ zu sprechen** – es könnte sich herausstellen, dass diese Personen letztendlich gar keine Gegner sind.

Danksagung

Ich möchte mich für die Informationen und Hinweise der lokalen KoordinatorInnen der mehr als 25 Städte bedanken, die in der Einleitung genannt sind. Außerdem möchte ich mich bei den folgenden CVE/PVE-Fachkräften bedanken, die mich bei diesem Projekt unterstützt haben: Umair Ahmed, Peter Knoope, Filip Ahlin, Peder Hyllengren, Daniel Heincke, Adel Essayed Sparr, Bettan Byvald, Eric Poin, Judy Korn, Shaukat Warraich, Louisa Tarras-Wahlberg, Ross Frenett, David Oehlenschläger, Sadia Khan, Katrina Gillman, Munir Zamir, Osman Raja und viele weitere.

Hilfreiche Ressourcen und relevante Projekte

Sammlung von Praktiken des RAN CoE

Die RAN-Sammlung von Konzepten und bewährten Praktiken umfasst sieben Ansätze von praktisch Tätigen im Bereich der Radikalisierungsprävention, die jeweils durch eine Reihe von Erfahrungen sowie ausgewählte Praktiken und Projekte illustriert werden. Die Sammlung unterstützt die Maßnahmen aus der Mitteilung der Europäischen Kommission *Prävention der zu Terrorismus und gewaltbereitem Extremismus führenden Radikalisierung: Verstärkung der EU-Maßnahmen*. Die Sammlung ist als praktisches, ausbaufähiges und wachsendes Werkzeug zu betrachten, mit dem praktisch Tätige, MitarbeiterInnen an vorderster Front und Verantwortliche in der Politik:

- sich orientieren können,
- Beispiele finden können, die sich an den jeweiligen/lokalen Kontext anpassen lassen,
- Ansprechpartner finden können, um Präventionserfahrungen auszutauschen.

Bis dato enthält die Sammlung über 100 vielversprechende Praktiken. Als laufende Arbeit wird die RAN-Sammlung kontinuierlich angepasst und durch neue Praktiken aus den EU/EWR-Mitgliedstaaten ergänzt.

IMPACT

IMPACT Europe ist ein von der EU finanziertes Projekt, bei dem sich 14 europäische Partner mit der Erstellung von Bewertungsmethoden und einer Online-Datenbank zur Radikalisierung befassen. Das Projekt bietet praktisch Tätigen Methoden zur Entwicklung, Planung, Umsetzung und Bewertung von Interventionen. Im Rahmen von IMPACT wurden einige Erfahrungen festgehalten:

- Es muss zwischen Zielen der Prävention und der Deradikalisierung unterschieden werden.
- Es besteht eine Diskrepanz zwischen Haltungs- und Verhaltenszielen.
- Bisweilen verhindern kurzfristige Interventionsziele eine langfristige Effektivität.
- Interventionen können unerwartete, kontraproduktive Ergebnisse erbringen.

Im IMPACT-Projekt wird betont, dass diese Erfahrungen in verschiedenen Phasen eines CVE-Projektzyklus gemacht wurden und dass die Konzeption und Mechanismen der Bewertung diesen Erfahrungen Rechnung tragen. Den praktisch Tätigen wird empfohlen, sich über die benötigte Art der Bewertung klar zu werden; das IMPACT-Instrument bietet ihnen die Mechanismen, um Bewertungsmethoden zu durchdenken und von Beginn des jeweiligen Präventionsprogramms an anzuwenden.

Beratungsstelle Extremismus in Österreich (AT)

Das Zentrum wurde im Dezember 2014 eingerichtet und wird vom bOJA (Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit) betrieben. In der Beratungsstelle Extremismus arbeitet ein sechsköpfiges Team aus unterschiedlichen Fachbereichen, in dem fünf Sprachen gesprochen werden (Deutsch, Englisch, Türkisch, Arabisch und Farsi). Hier erhalten die Besucher Unterstützung und persönliche Beratung und werden gegebenenfalls an Familienberatung, offene Jugendarbeit oder Arbeitsmarktdienste weiterverwiesen. An Werktagen ist die Beratungsstelle zwischen 10:00 und 15:00 Uhr geöffnet.

Hayat (DE)

Seit 2012 gibt es die deutsche Beratungsstelle Hayat. Bis 1. September 2016 fanden hier 290 Beratungen statt. Das Programm bietet Eltern und nahen Verwandten Beratung, vor allem um zu gewährleisten, dass diese sich nicht alleingelassen fühlen. Sie erhalten emotionale Unterstützung und werden beraten, was sie tun und wie sie mit ihren Kindern sprechen können.

Die Ziele von Hayat:

- Alles versuchen, damit Personen freiwillig auf die Reise ins Ausland verzichten
- Wenn sie bereits im Ausland sind: Versuchen, sie am aktiven Kampf zu hindern und sie zur Rückkehr zu bewegen
- Hilfe für Rückkehrwillige und Unterstützung ihrer Integration in ein sicheres soziales Umfeld, in dem die Menschenrechte respektiert werden

Kontakt-und Beratungsstelle „Radikalisierung“ in Rotterdam (NL)

Zweck dieser Initiative ist es, BürgerInnen, lokalen BeamtInnen und anderen Gelegenheit zu bieten, Fragen über Radikalisierung zu stellen oder die Behörden über radikalisierende Einzelpersonen oder Gruppen zu informieren.

Die Berichte werden von einem Team aus Fachkräften untersucht und ausgewertet. Dann werden die erforderlichen Interventionen festgelegt, um jeweils eine individuell angepasste Herangehensweise zu definieren.

Städtisches Infohouse Aarhus (DK)

Das „Infohouse“ in Aarhus vereint Anlaufstelle und Stützpunkt für bewährte Screeningverfahren im Bereich der Strafverfolgung.

Informationen werden zwischen der Polizei und den verschiedenen Abteilungen der Stadtverwaltung ausgetauscht, damit Risikobewertung und Interventionspläne koordiniert werden können. .

Methodenhandbuch für die Mentorarbeit, Elterncoaching und Familienbetreuung (2016) (DK)

In dänischen CVE-Initiativen werden MentorInnen und Methoden für diejenigen eingesetzt, die in direktem Kontakt mit jungen Menschen im Alter von 14 bis 20 Jahren stehen. Diese MentorInnen werden für die Verwendung der Methoden von Life Psychology, Signs of Safety – Arbeit mit gefährdeten Kindern und ihren Eltern – und die lösungsbasierte Intervention geschult, die ihnen in Form eines Schulungshandbuchs und methodischen Leitfadens zur Verfügung stehen. In Aarhus gibt es beispielsweise 21 MentorInnen (Stand 2014), die in Verbindung mit psychologischer Unterstützung zum Einsatz kommen.

Die dänische Agency for International Recruitment and Integration (SIRI) hat dieses Methodenhandbuch mit dem Ziel erarbeitet, praktisch Tätigen einheitliche Methoden für die Ausbildung und den Umgang mit MentorInnen im Kontext der Prävention von gewalttätigem Extremismus an die Hand zu geben.

Violence Prevention Network (DE)

Trainern, die direkt und persönlich mit jungen Menschen arbeiten, damit diese Beziehungsfähigkeit erlernen, bietet Violence Prevention Network einen einjährigen AKT®-Trainerkurs (Anti-Gewalt- und Kompetenz-Trainer). Mit der Methode der Verantwortungspädagogik® hat Violence Prevention Network einen demütigungsfreien Weg der Ansprache von Menschen gefunden, die sich antidemokratischen Strukturen angeschlossen haben, und kann ihnen so die Rückkehr in das demokratische Gemeinwesen ermöglichen.

Die Grundannahme der Verantwortungspädagogik® und des Anti-Gewalt- und Kompetenztrainings AKT® ist es, Menschen durch die Zusammenarbeit den Erwerb jener Kompetenzen zu ermöglichen, die eine Distanzierung von menschenverachtenden Ideologien gestatten. Dies geschieht in einer für die Person wertschätzenden Atmosphäre, wobei eine Ideologien hinterfragende Methode zum Einsatz kommt. Das AKT® besteht aus flexiblen Modulen der Biografiearbeit, der politischen Bildung und der Anti-Gewaltarbeit, die Violence Prevention Network in der Vergangenheit wiederholt auf unterschiedliche Zielgruppen und unterschiedliche Kontexte übertragen hat.

Dänisches Dignity Institute (DK)

Das dänische Dignity Institute ist einer der ersten Orte weltweit, an dem Folteropfer behandelt werden. Dabei handelt es sich um eine umfassende Traumabehandlung für Flüchtlinge und ausländische Kämpfer, bei denen kognitive Programme, Aggressionsbewältigung und evidenzbasierte Methoden in Verbindung mit Risk Need Responsivity zum Einsatz kommen. Dieses Programm kombiniert die Traumabehandlung mit einer Reihe von kognitiven und Verhaltensmethoden.

Aarhuser Modell und Life Psychology (DK)

Die Stadtverwaltung von Aarhus arbeitet mit Prof. Preben Bertelsen von der örtlichen Universität zusammen, der ein Trainingsprogramm für MentorInnen auf der Grundlage seiner Theorie/Methode der Life Psychology entwickelt hat. Hierbei handelt es sich um ein kognitives Programm zur Schulung der Lebenskompetenzen von Mentees. Die Grundsätze von Life Psychology werden auch bei anderen Interventionen verwendet, z. B. in Familienbetreuungsgruppen.

Die niederländische Betreuungsstelle für Familien (NL)

NCTV (Koordinierungsorganisation in der niederländischen Regierung, die für die Bekämpfung von Terrorismus, Krisen und Cybersicherheit verantwortlich ist) hat eine Betreuungsstelle für Familien eingerichtet. Diese Stelle arbeitet unabhängig, um ihre Glaubwürdigkeit sicherzustellen. Sie besteht aus sechs Fall-ManagerInnen, die durch einen Fachkräftepool unterstützt werden und folgende Dienstleistungen anbieten:

- Betreuung von Familien beim Umgang mit einem radikalisierten Familienmitglied
- Aufrechterhaltung des Kontakts mit Familienmitgliedern in Syrien/Irak
- Kontakt zu Schule, ArbeitskollegInnen usw.
- Betreuung und Informationen im Falle des Todes eines Familienmitglieds
- Beratung für Eltern und Kommunen bei leichteren Fällen der Radikalisierung

Mütterschule (AT)

Die Mütterschule ist ein Konzept, das von Sisters Against Violent Extremism (SAVE) in Österreich entwickelt wurde. Es stärkt Frauen und bietet Müttern die Möglichkeit, zu lernen, wie man mit Radikalisierung umgeht. Die Kurse sollen den Müttern mehr Selbstvertrauen geben, Mut machen und ihnen die Instrumente an die Hand geben, mit denen sie ihre Kinder aus dem Extremismus herausführen können. Außerdem erhalten die Mütter eine Plattform, auf der sie ungehindert und ohne Schuldgefühle und Scham mit anderen Eltern, die ähnliche Probleme und Erfahrungen haben, diskutieren können.

Heroes (DE)

HEROES ist ein Projekt für die Gleichstellung der Geschlechter und gegen die Unterdrückung im Namen der Ehre. Die Zielgruppe sind junge Männer mit Migrationshintergrund im Alter zwischen 14 und 18 Jahren. In wöchentlichen Sitzungen werden patriarchalische Muster und die Werte der deutschen Gesellschaft diskutiert. Die jungen Männer äußern ihre eigene Meinung zu Themen wie Ehre, Männlichkeit und Gleichstellung der Geschlechter. Nach einem einjährigen Training führen die HEROES Workshops in Schulen durch, um ihre Erfahrungen weiterzugeben (Peer-to-Peer-Ansatz).

Circle of Security (NO)

Circle of Security ist ein Frühinterventionsprogramm, das auf Beziehungen basiert. Es soll die Bindungssicherheit zwischen Eltern und Kindern verbessern. Dieses einzigartige Konzept konzentriert sich darauf, wie die Eltern-Kind-Beziehungen gestärkt werden können. Eltern und Personen, die sie unterstützen, lernen neue Wege kennen, um die Bedürfnisse und das Verhalten der Kinder zu verstehen und darauf zu reagieren.

Das Haaglanden Safety House (NL)

Seit März 2014 befasst sich das Haaglanden Safety House mit allen Fällen von Personen, die aus den Niederlanden nach Syrien bzw. in den Irak gegangen oder von dort zurückgekehrt sind. Diese Einrichtung führt eine individuelle Diskussion der einzelnen Fälle durch, an der die Kommunen der jeweiligen Region, die Polizei, NCTV, das Kriseninterventionsteam des Bureau Jeugdzorg und das niederländische Jugendamt beteiligt sind. Für jede Person wird ein individueller Aktionsplan erarbeitet, um sicherzustellen, dass sie keine Gefahr mehr für die Gesellschaft darstellt.

Eckpunkte:

- Das regionale Konzept, an dem auch andere Kommunen beteiligt sind, ermöglicht die Erkennung von ähnlichem Verhalten (Verbindungen zwischen Ehefrauen verschiedener ins Ausland reisender Extremisten, Verbrechen oder Arbeitstätigkeit), was sonst nicht möglich wäre.
- Es wurde ein Pilotprogramm für „gewaltbereite Personen“ zur Überprüfung aller RückkehrerInnen entwickelt.

ISD – Counter Narrative Handbook (2016) (UK)

Dieses Handbuch zum Thema Gegennarrative wurde von Public Safety Canada im Rahmen des Kanishka Project finanziert. Es wurde vom Institute for Strategic Dialogue (ISD) erarbeitet, um Menschen zu unterstützen, die proaktiv mit Gegennarrativ-Kampagnen auf extremistische Propaganda reagieren wollen. Es wendet sich an Personen, die wenig oder noch gar keine Erfahrung mit solchen Kampagnen haben. In diesem Handbuch werden die wichtigsten Phasen – Erstellung, Einführung und Bewertung einer wirksamen Gegennarrativ-Kampagne – erläutert.

Hedayah – Bibliothek der Gegennarrative

Die Bibliothek soll als Instrument dienen, um praktisch Tätigen und der Zivilgesellschaft Inhalte und Material an die Hand zu geben, wenn sie mit Gegennarrativen gewaltbereiten Extremismus bekämpfen. Die wichtigsten Ziele der Bibliothek der Gegennarrative sind folgende:

- Ein umfassendes Portal schaffen, in dem Regierungen, praktisch Tätige und die Zivilgesellschaft auf Informationen zugreifen können, die in Gegennarrativen verwendet werden können, um allen Formen von gewaltbereitem Extremismus zu begegnen
- Praktisch Tätigen die relevantesten und aktuellsten Inhalte bereitstellen, um bestehenden Bedrohungen zu begegnen
- Den Austausch bewährter Praktiken fördern und praktisch Tätigen geeignete Ressourcen und Instrumente zur Verfügung stellen, um den Narrativen gewaltbereiter Extremisten zu begegnen